

# SCHWÄBISCHES TAGBLATT

FREITAG, 20. FEBRUAR 1948

VERLAG UND SCHRIFTFLEITUNG: TUBINGEN, UBLANDSTRASSE 2

4. JAHRGANG / NUMMER 14

## UN-Vollversammlung in Paris

**LAKE SUCCESS.** Zum Tagungsort für die nächste Vollversammlung der Vereinten Nationen, die in Europa abgehalten werden soll, ist einstimmig Paris bestimmt worden. Mit der französischen Hauptstadt standen Genf, Brüssel und Den Haag in engerer Wahl. Trygve Lie, der Generalsekretär der UN, hatte sich in den vergangenen Wochen an Ort und Stelle von den jeweiligen Vorteilen der in Aussicht genommenen Tagungsorte überzeugt.

Als Eröffnungstermin für die Vollversammlung, die dritte Sitzungsperiode, wurde der 11. September festgelegt. Sitzungsgebäude ist das Palais Chaillot, in dem 3000 Sitze mit Schreibpulten zur Verfügung stehen; die sechs großen Plenarkommissionen sollen in den Seitenflügeln tagen. Die gesamten der UN zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten entsprechen denen in Lake Success. Der Generalsekretär wurde ersucht, unverzüglich mit der französischen Regierung Verhandlungen aufzunehmen, damit diese die entsprechenden Vorbereitungen treffen kann.

In der Tatsache, daß Paris zum Tagungsort bestimmt wurde, sehen offizielle Kreise ein Zeichen für das Vertrauen in die Stabilität der innerpolitischen Lage Frankreichs.

## Tschechoslowakische Kabinettskrise

**PRAG.** Am heutigen Freitag wird das tschechoslowakische Kabinett zu einer Sondersitzung zusammentreten. Bereits am Dienstag kam es im Verlauf des Ministerrates zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der nichtkommunistischen Mehrheit und den kommunistischen Ministern. Dem kommunistischen Innenminister wurde vorgeworfen, Beschlüsse des Kabinetts mißachtet zu haben, indem er wichtige Stellen Mitgliedern seiner Partei übertragen habe.

## Prager Konferenz kritisiert Westmächte

**PRAG.** „Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß sich die Großmächte doch noch über die deutsche Frage einigen“, erklärte der tschechoslowakische Außenminister Jan Masaryk auf der Prager Konferenz der Außenminister Polens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei, die am vergangenen Dienstag zusammentrat, um sich mit dem deutschen Problem zu beschäftigen. Der polnische Außenminister Modzaleski wies darauf hin, daß die Initiative zur Einberufung dieser Konferenz von seiner Regierung ausgegangen sei. Er glaube nicht, daß es möglich sei, zu einem dauerhaften Frieden durch eine einseitige Lösung des deutschen Problems zu gelangen.

Der jugoslawische Außenminister Simic erging sich in heftigen Angriffen gegen die Westmächte und behauptete, das deutsche Kriegspotential werde von den westlichen Alliierten aufrechterhalten. Als wesentlicher Beratungspunkt wurden in einer Pressemeldung Andeutungen des westlichen Lagers genannt, wonach die Westgrenze Polens keineswegs als endgültig anzusehen sei.

Dem Abschlußkommuniqué der Konferenz, das am Mittwochabend in Prag veröffentlicht wurde, war eine Erklärung beigefügt, die die Politik der Westmächte in Deutschland verurteilt. Diese Politik stehe im Gegensatz zu den Abkommen von Jalta und Potsdam. Die Schaffung eines besonderen politischen Organs in Westdeutschland untergrabe die Grundlagen der Sicherheit in Europa. Der Wiederaufbauplan für die Westzonen stelle eine Bedrohung für die friedliche Wirtschaftsstruktur Nachkriegseuropas dar. In weiteren Punkten der Proklamation wird Kritik an der Entmilitarisierungs-, Entnazifizierungs- und Reparationspolitik in den deutschen Westzonen geübt.

## Streitobjekt Antarktis

**LONDON.** Argentinische und chilenische Seestreitkräfte operieren gegenwärtig in den britischen Gewässern um die Falklandinseln, gab Staatsminister McNeil im Unterhaus am Montag bekannt. Diese Seestreitkräfte setzten außerdem Truppen an Land und beabsichtigten, auf britischem Hoheitsgebiet militärische Kommandos zu errichten. Ihr Ziel sei, die Ansprüche Argentiniens und Chiles auf Hoheitsrechte in diesem Gebiet zu unterstreichen. Die britische Regierung sei bereit, diese Angelegenheit der Entscheidung eines internationalen Schiedsgerichts vorzulegen. Tags darauf wurde vom Foreign Office bestätigt, daß der britische 8000-t-Kreuzer „Nigeria“ seinen süd-afrikanischen Hafen verlassen hat und Kurs nach den britischen Besitzungen in der Antarktis nahm. Unterthronende englische Kreise verweisen auf Uranumlager des Grahamlandes und der „Insel der Enttäuschung“.

Aus Buenos Aires wird hierzu gemeldet, Argentinien beharre auf dem Standpunkt, daß die Falklandinseln unter argentinischer Souveränität stehen; England halte die Inseln seit etwa einem Jahrhundert besetzt, ohne irgendwelchen Anspruch darauf zu haben. Das chilenische Außenministerium erklärt, London habe sich lediglich auf die Anregung beschränkt, daß die chilenische Regierung vor der Einrichtung von Stützpunkten in der Antarktis die britische Genehmigung oder die Ansicht des Internationalen Gerichtshofes hätte einholen müssen — Vorschläge, die um so unannehbarer zu sein seien als Großbritannien bereits sieben Stützpunkte auf chilenischem Gebiet eingerichtet habe, ohne die Zustimmung Chiles eingeholt zu haben.

Vom Präsidenten der chilenischen Republik wurde am Mittwoch ein neuer chilenischer Militärstützpunkt in der Antarktis feierlich eingeweiht.

## Hoffnung auf neue Viererkonferenz

Macht Moskau Zugeständnisse in der Deutschlandfrage?

**PARIS.** Nach den letzten aus London vorliegenden Meldungen sieht es so aus, als ob die Dreierbesprechungen über die Deutschlandfrage, die schon einmal am vier Tage — vom 19. auf den 23. Februar — vertagt wurden, abermals verschoben werden könnten und u. U. in eine neue Viererkonferenz münden werden. Besonders Außenminister Bevin soll der Ansicht sein, daß noch einmal ein Versuch gemacht werden müsse, ein Viererabkommen über Deutschland zu erreichen, was nach seiner Ansicht jeder anderen Form eines Paktes gegenüber Deutschland vorzuziehen ist.

Trotz aller offiziellen Dementis ist man in London davon überzeugt, daß in den letzten Tagen eine Fühlungnahme zwischen Amerika und Rußland stattgefunden hat und bei dieser Gelegenheit auch die Frage der Zweckmäßigkeit einer neuen Viererkonferenz erörtert wurde; ja, man glaubt bereits gewisse Anzeichen einer Entspannung in dem Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR feststellen zu können. Für die Möglichkeit einer neuen Vertagung der Londoner Dreierkonferenz spricht außerdem der Umstand, daß zwischen den drei westlichen Großmächten noch kein Einvernehmen über die Schaffung einer Trizone hergestellt werden konnte. Auch über die Heranziehung der Beneluxstaaten zu den Verhandlungen bestehen noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten.

Aus all diesen Gründen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß die Anglo-Amerikaner, einer russischen Anregung folgend, noch einmal den Versuch machen könnten, die deutsche Frage im Rahmen einer Viererkonferenz zu erörtern. Man nimmt an, daß diese

Konferenz noch in diesem Frühjahr stattfinden wird. Von Seiten des Foreign Office wurde festgestellt, es seien noch keinerlei Vorbereitungen für die Einberufung einer neuen Viererkonferenz getroffen.

Nach Telegrammen aus Washington zieht man dort die Vertagung der Londoner Konferenz als Anzeichen für eine zwischen der UdSSR und den USA eingetretene Entspannung an. Man ist davon überzeugt, daß die wiederholt dementierten russisch-amerikanischen Geheimbesprechungen in Berlin tatsächlich stattgefunden haben. Dem Staatsdepartement sei bereits ein Bericht darüber zugegangen. Die Regierung in Moskau habe befürchtet, daß das deutsche Problem durch die Kabinette von London, Paris und Washington ohne Moskau geregelt werden könne. Deshalb habe Sowjetrußland plötzlich beschlossen, das bisher beobachtete Stillschweigen zu brechen und der amerikanischen Regierung neue Vorschläge in der Deutschlandfrage zu unterbreiten. Als weiterer Grund wird genannt, daß in nächster Zeit über den Frieden mit Japan beraten werden soll und Rußland befürchte, es könnte in eine ihm unerwünschte Isolierung hineingeraten, wenn es in der Frage Deutschland keinen Annäherungswillen bekunde.

In französischen diplomatischen Kreisen wertet man die nunmehr auch bei dem französischen Außenminister eingegangene Protestnote der UdSSR gegen die Londoner Dreierbesprechungen als Beweis für den Wunsch der Moskauer Regierung, unverzüglich die Erörterung der Frage des Friedensvertrags mit Deutschland durch die vier Außenminister wieder aufzunehmen, glaubt jedoch nicht, daß eine neue Konferenz mehr Aussichten auf Erfolg hätte als die Londoner Konferenz.

Alles, was hier über die Möglichkeit einer neuen Außenministerkonferenz und die Verschiebung der Londoner Besprechungen über den 23. Februar hinaus berichtet wird, sind Vermutungen bzw. Gerüchte. Vorläufig hat sich der politische Berater General Clays, Botschafter Murphy, von dem behauptet wird, daß er die Geheimbesprechungen mit den Russen geführt habe, erst einmal nach London begeben. Auch der Botschafter der USA in London, Douglas, ist von Washington abgereist. Ebenso dürfte der französische Botschafter in London, Massigli, inzwischen dort wieder eingetroffen sein, so daß die Konferenz auf jeden Fall am kommenden Montag stattfinden kann, wenn sich die Gerüchte nicht bewahrheiten sollten.

## China ebenso wichtig wie Europa

**WASHINGTON.** Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat den Wortlaut des Gesetzentwurfs für die Europahilfe endgültig fertiggestellt. Der Gesetzentwurf trägt den Titel „Aktien für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Jahre 1948“ und soll am 1. März dem Senat vorgelegt werden.

Präsident Truman forderte am vergangenen Mittwoch in einer Sonderbotschaft den Kongress auf, über eine wirtschaftliche Hilfe für China in Höhe von 750 Millionen Dollar abzustimmen. Die Chinahilfe sei für den Weltfrieden ebenso wichtig wie die Unterstützung der Länder Westeuropas.

Staatssekretär Marshall kündigte in einer Pressekonferenz an, daß Präsident Truman noch vor seiner Urlaubsreise nach den Antillen eine Entscheidung über das zusätzliche Hilfsprogramm für Griechenland und die Türkei treffen werde.

Ein republikanischer Abgeordneter hat dem Staatsdepartement vorgeworfen, es verbinde die Veröffentlichung verschiedener in Deutsch-

land beschlagnahmter Dokumente, „um auf diese Weise die Tatsache zu verschleiern, daß Präsident Roosevelt die westeuropäischen Völker in gewisser Sinne an den Kommunismus verkauft habe“. Er forderte die Veröffentlichung aller beschlagnahmten Akten über die deutsch-russischen Besprechungen. Die Auswahl bei der Veröffentlichung der Dokumente sei so getroffen worden, daß sie die Durchführung des Marshall-Plans dadurch begünstige.

Einzelne fortschrittliche Gruppen des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes CIO, die die innen- und außenpolitische Linie von Henry Wallace bejahen, sollen die Bildung eines dritten amerikanischen Gewerkschaftsverbandes, der engen Kontakt mit der von Wallace propagierten dritten Partei halten soll, vorbereiten. Bei Ernteparlamentswahlen in einem Stadtteil von New York errang der Kandidat der „Arbeiterpartei“, die die Präsidentschaftskandidatur von Wallace unterstützte, einen überraschend hohen Wahlsieg über die Demokraten, Liberalen und Republikaner.

sei es, die Verwirklichung des Marshall-Planes zu verhindern und damit die einzige Chance für den Wiederaufbau Westeuropas.

Mit 146 gegen 18 Stimmen bei 4 Stimmenthalten hat die belgische Abgeordnetenkammer der Regierung Spaak das Vertrauen ausgesprochen. Die Abstimmung erfolgte auf einen Antrag des Generalsekretärs der kommunistischen Partei über die Preis- und Lohnpolitik der Regierung.

## Korea unter „Sichel und Hammer“

**SEOUL.** Im russisch besetzten Nordkorea wurde die Bildung einer „Demokratischen Republik Koreas“ mit der Hauptstadt Seoul bekanntgegeben. Ihre Verfassung, die nach sowjetischem Muster aufgebaut ist, soll Mitte März einer Volksabstimmung unterbreitet werden; das bereits im August 1945 ausserufene „Volkskomitee von Nordkorea“ werde anschließend zur unabhängigen beide Besatzungszonen vertretenden Regierung erweitert. Die „Demokratische Republik“, die „Sichel und Hammer“ in ihrer Färbung führt, verfüge über eine gut ausgebildete Armee von 200 000 Mann, deren Bewaffnung ebenfalls von den Russen geliefert worden sei.

Falls sich die amerikanischen Besatzungstruppen zurückziehen, rechnet man in zuständigen amerikanischen Kreisen mit einer militärischen Invasion in Südkorea.

## Außenpolitik

Von Universitätsprofessor Dr. Paul Heere

### IV. Die kleinen europäischen Staaten

Der zweite Weltkrieg, der die Kategorie der Großmächte zum Verschwinden brachte und dafür eine neue, auf wenige großstaatliche Gebilde beschränkte Oberschicht von Weltmächten entstehen ließ, ist wie der erste wieder von den kleinen Staaten überdauert worden. Ja, es gibt heute davon mehr denn je. Sie leben unter dem Schutz des Völkerrechts und des nationalen Prinzips, aber auch unter dem Schutz der Eifersucht zwischen den Großen. Weil sie aber da sind, müssen auch sie Interessen vertreten und in vorsichtigem Verfahren sie den Weltmächten gegenüber geltend machen.

Demgemäß tritt uns die Welt der kleinen europäischen Staaten in vier Gruppen entgegen. Während die eine zur Sowjetunion neigt, steht die andere den angelsächsischen Weltmächten nahe. Eine dritte hat eine mehr abseitige Sonderstellung inne, während eine vierte noch immer nur Objekt der Außenpolitik ist.

Die Staaten, die vom Eismeer bis an den Böhmer Wald und vor die Tore von Konstantinopel wie ein Gürtel die Sowjetunion umgeben, sind kaum noch insofern, eigene Interessenpolitik zu treiben, sondern führen im Grunde nur noch ein Dasein im Dienste des moskaulichen Imperialismus. Dank der erzwungenen Machtstellung der kommunistischen Partei in den einzelnen Ländern sind Polen, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien und Albanien zu hürigen Kuratelnstaaten Sowjetrußlands herabgesunken, die einstige baltische Gruppe — Lettland, Estland und Litauen — ist sogar völlig in ihm aufgegangen.

Allein die Tschechoslowakei, Polen und Finnland verfügen noch über einen kleinen Rest von Unabhängigkeit, aber daß sie alle in den wesentlichen Fragen der Politik, auch entgegen dem klar erkannten eigenen Interesse, dem Gebot der panslawistischen Weltmacht Folge leisten müssen, wird immer wieder offenbar; so in der Rücknahme der schon erteilten Zustimmung zum sogenannten Marshall-Plan, seitens der Tschechoslowakei, in dem Stillstand der vor Jahresfrist von Frankreich aufgenommenen Bündnisverhandlungen mit der Tschechoslowakei und mit Polen, in der Rolle, die Südslawien, Bulgarien und Albanien, teilweise in offenem Gegensatz zu den Beschlüssen der Vereinten Nationen, im griechischen Grenzgebiet spielen, aber auch in dem Hakt, das in diesen Tagen den Plänen eines Balkanbundes geboten worden ist, die von gewissen Selbstständigkeitsregierungen getragen zu sein scheinen.

Der Halbstimmung, die sie, mehrere Jahre der nationalsozialistischen Tyrannei ausgesetzt, auch nach Beendigung des Krieges noch gegen Deutschland erfüllte, haben nüchternen Erwägungen Platz gemacht, die einem demokratischen Deutschland weit entgegenkommen. Sie stehen sogar zum Teil den Handlungen der Siegermächte beider Lager mit Sorge gegenüber, vor allem der Aus siedlung der Millionen deutscher Flüchtlinge aus den Gebieten östlich der Oder und Neiß und jenseits der Sudeten in die westlichen Zonen, die das Herz Europas zu einem gefährlichen Unruheherd macht.

In Untergruppen bekunden sich Interessengemeinschaften. So haben sich die drei Staaten an Scheide, Mass und Rhein, Belgien, Holland und Luxemburg, zur Wirtschaftsgemeinschaft der sogenannten Beneluxländer zusammengeschlossen. So stehen die drei skandinavischen Staaten Dänemark, Schweden und Norwegen in enger traditioneller Verbindung, die sich sogar auf politische Entscheidungen erstreckt. So ist ein wirtschaftlicher Zusammenschluß von Italien und Frankreich in Vorbereitung. Ja, in den letzten Tagen ist die Errichtung einer westeuropäischen Union vorgeschlagen worden, die sich an England und Frankreich anlehnen soll und als Gegengewicht gegen den von der Sowjetunion geleiteten Ostblock gedacht ist.

In einer besonderen Situation befindet sich die Schweiz, die in allem Wandel der Verhältnisse die Neutralität als ihr politisches Heiligtum wahr und deshalb dem neuen Plan einer westeuropäischen Union gegenüber ebenso Zurückhaltung übt wie die skandinavischen Staaten auf Grund ihrer geographischen Lage. Durch ihren kolonialen Besitz in Afrika und Südostasien sind Belgien und die Niederlande um so enger an die beiden angelsächsischen Weltmächte gebunden.

Auch Italien, die einstige Großmacht, gehört dieser westeuropäischen Gruppe an, aber die Regierung hat es schwer, gegen eine starke kommunistische Minderheit die demokratische Linie zu halten. Die italienische Außenpolitik bechränkt sich nach Erreichung eines glimpflichen Friedens im großen und ganzen auf die Sicherung eines westeuropäischen und amerikanischen Wohlwollens und auf die Behauptung einer kleinen statischen Machtstellung.

Noch schwieriger ist die Lage Griechenlands, das ohne die Hilfe Englands und der Vereinten Staaten schon längst eine Beute des von Moskau geleiteten Kommunismus geworden wäre, und auch die Türkei kann nur in offener Anlehnung an die angelsächsischen Mächte gegen den sowjetischen Druck ihre Selbständigkeit behaupten. Diese Staaten bilden im



mittelmeerischen Bereich den Schutzwall der westeuropäischen Zivilisation gegen den bolschewistischen Ansturm.

Die beiden Staaten der pyrenäischen Halbinsel: die die dritte Gruppe darstellen, stehen mehr abseits der westeuropäischen Staatswelt, nachdem sie der kommunistischen Gefahr, der sie zu erliegen drohten, entronnen sind.

Portugal, das nur vorübergehend unter einer Militärdiktatur gestanden und durch sein Festhalten an der jahrhundertalten engen Verbindung mit England sich einen Platz im westeuropäischen Lager bewahrt hat, ist das mit Hilfe eines geschickten formellen Einlenkens seitens der ihrer stillen Verantwortung bewußten Regierung gelungen.

Daneben ist die Stellung Spaniens, das durch den militärischen Staatsstreich und den dreijährigen blutigen Bürgerkrieg vor der demokratischen Weltöffentlichkeit weit mehr kompromittiert ist, noch ungesichert. Eine gewisse Unklarheit und Zweideutigkeit besteht fort und die Exilregierung verbleibt trotz der ihr gewidmeten freundlichen Phrasen im Halbdunkel.

Die vierte Gruppe umfaßt die beiden deutschen staatslichen Gebilde, über deren Schicksal die Würfel noch nicht gefallen sind. Oesterreich, dessen Selbständigkeit durch das Potsdamer Abkommen endgültig festgelegt ist, führt dank der Uneinigkeit der Siegermächte immer noch ein papierenes Dasein und kämpft um die Verwirklichung dessen, was ihm rechtlich zuerkannt ist. Seine Außenpolitik gilt vor allem dem längst fälligen Abschluß des Friedensvertrags, der Entscheidung in der Frage der deutschen Guthaben und der baldigen militärischen Räumung seines Gebiets. Ihr bisheriger Mißerfolg läßt erkennen, wie sehr das Schicksal Oesterreichs auch nach dessen Verselbständigung noch mit dem des einstigen deutschen Reiches verknüpft ist.

Deutschland und der Marshall-Plan

FRANKFURT. Der Marshall-Plan und die Einbeziehung Deutschlands in das europäische Wiederaufbauprogramm bilden gegenwärtig den Gegenstand von Besprechungen zwischen Vertretern der bizonalen Verwaltung und der anglo-amerikanischen Militärverwaltung. Die deutschen Dienststellen sind damit beschäftigt, bis zum 15. März Pläne über den Einfuhrbedarf der Bizone auszuarbeiten. Die deutschen Wünsche sollen dem Sechzehnerausschuß unterbreitet werden.

Alle acht Länder der Bizone haben nunmehr ihre Vertreter für den neuen Länderrat ernannt. Der Länderrat, der am kommenden Dienstag zu seiner ersten Tagung zusammentritt, setzt sich aus 9 Mitgliedern der SPD, 5 der CDU und 2 der DVP zusammen.

Anhängsel sowjetischer Außenpolitik

BERLIN. In der letzten Zeit sind in Berlin eine Reihe früherer Mitglieder der SPD, die bei der Zusammenlegung von SPD und KPD Mitglieder der SED wurden, wieder aus der SED ausgetreten, u. a. der ehemalige Vorsitzende des Freidenkerverbandes, Naujocks, und der frühere Leiter der Metallarbeiterschule, Dr. Engelbert Graf.

Dr. Graf begründet seinen Austritt aus der SED folgendermaßen: Ich verstehe als Marxist den Weg, den die Sowjetunion innen- und außenpolitisch geht, sehr wohl. Er entspricht dort der historischen Logik. Aber der historische Logik im sozialistischen Sinne entspricht nicht die Politik der SED, wenn sie zu einem Anhängsel der sowjetischen Außenpolitik geworden ist.

An Stelle des „üblichen“ Todes

NÜRNBERG. Das Gnadengesuch des im Akerstprozess zum Tode verurteilten Hauptangeklagten, Hans Brandt, ist abgelehnt worden. Der Verurteilte hat daraufhin ein weiteres Gesuch eingereicht, wonach er darum bittet, statt für die übliche Todesart sich für ärztliche Experimente mit unbedingt tödlichem Ausgang zur Verfügung stellen zu dürfen.

DAS WRACK

Erzählung von Guy de Maupassant

Da er eine Stelle suchte, wo er hinaufklettern konnte, zeigte ich ihm die günstigste und streckte ihm die Hand hin. Er kam herauf; dann halfen wir den drei jungen Mädchen, die sich mittlerweile beruhigt hatten. Sie waren besaubert, besonders die älteste, eine Blondine von achtzehn Jahren, frisch wie eine Blume und so fein, so allerliebste! Wahrhaftig, die hübschen Engländerinnen sehen gerade wie zarte Meerestrücker aus. Man hätte sagen mögen, daß diese da soeben aus dem Sand emporgestiegen sei und ihr Haar davon noch Jen Farben bewahrt habe. Mit ihrer köstlichen Frische erinnern sie an die zarten Farben der rosigen Muscheln und an den Perlmutterschimmer der seltenen, geheimnisvollen, in den unbekanntesten Tiefen der Meere erblühten Perlen.

Sie sprach ein wenig besser als ihr Vater, und sie diente uns als Dolmetsch. Ich mußte den Schiffbruch bis in die geringsten Einzelheiten erzählen; ich erfuhr, als wenn ich die Katastrophe miterlebt hätte. Dann stieg die ganze Familie in das Innere des Wracks hinab. Ruhe des Erstaunens und der Bewunderung entführten ihnen, sobald sie in jenen düsteren, kaum beleuchteten Gang vorgefrungen waren; und auf einmal hatten der Vater und die drei Töchter Skizzenbücher in der Hand, die sie wohl in ihren weiten wasserdichten Mänteln verborgen gehabt hatten, und sie betannten gleichsam vier Bleistiftzeichnungen von diesem trüben, schauerlichen Ort zu machen.

Während ich das Gerippe des Schiffes zu untersuchen fortfuhr, plauderte bei ihrer Arbeit die älteste der Töchter mit mir.

Berlin - Druckort für die neuen Banknoten

BERLIN. „Die vier Besatzungsmächte haben bei der letzten Kontrollratsitzung den Druck neuer deutscher Banknoten für eine Viermächte-Währungsreform beschlossen“, weiß „New York Herald Tribune“ zu berichten. Der Bescheid, mit dem Druck neuer Noten zu beginnen, dürfe jedoch nicht dahingehend ausgelegt werden, daß eine ganz Deutschland umfassende Währungsreform nun schon sicher in Aussicht stehe. Verschiedene, allerdings meist nur technische Angelegenheiten seien zwischen den Alliierten noch zu regeln, so daß immerhin neue Schwierigkeiten noch auftreten könnten.

Die Russen bestanden ursprünglich darauf, daß der Druck der Noten gleichmäßig in Berlin und Leipzig erfolge. Da die Westmächte jedoch früher schon Schwierigkeiten mit den Sowjets gehabt hätten — als sie ihnen Platten zum Druck von alliiertem Besatzungsgeld übergeben —, wehrten sie sich gegen Leipzig als Druckort, sie befürchteten, daß die Russen unkontrolliert zusätzlich Geld ausgeben und damit die Inflation weiterhin fördern würden.

Nunmehr soll jedoch der sowjetische Vertreter dem Vorschlag, daß das neue Geld nur in

Berlin gedruckt werden soll, zugestimmt haben. Der Druck der Banknoten werde von einem Viermächtekollegium überwacht. Nach der amerikanischen Zeitungsmeldung haben die Alliierten auch in anderen Punkten der Währungsreform, wie Zusammenlegung des alten Geldes und Festsetzung des Wechselkurses, eine Einigung erzielt.

Weiterhin wird bekannt, daß die Häusergruppe der Berliner Stadtdruckerei — ehemals Reichsdruckerei —, die das neue Geld herstellen soll, internationalisiert werden soll. (Sie liegt am Rande des US-Sektors.)

Marshall Sokolowski soll, so wird außerdem gemeldet, in der entscheidenden Kontrollratsitzung durchaus verständlich folgendes festgestellt haben. „Die Vorschläge des Militärgouverneurs sind sehr interessant. Ich möchte aber doch glauben, daß der General in seiner Brusttasche schon gesondert gedruckte amerikanische Noten trägt.“ Clay habe hierauf geantwortet er wäre durchaus nicht überrascht, wenn er auch in seines Kollegen Tasche russisch gedruckte Noten fände.

Vertagung des „Röchling“-Prozesses beantragt

RASTATT. Im Anschluß an die Verlesung der Anklageschrift im Röchling-Prozess wurde an die Angeklagten die Frage gestellt, ob sie sich schuldig bekennen. Alle Angeklagten erklärten sich für „nicht schuldig“. Für die gesamte Verteidigung stellte dann der Hauptverteidiger, Kranzbühler, den Antrag auf Vertagung des Prozesses um drei Monate, damit die Verteidigung Einsicht nehmen könne in die den Angeklagten gebührenden Dokumente, die von der Anklagebehörde beschlagnahmt worden seien. Die Verteidigung wolle sich dadurch die Möglichkeit verschaffen, die von der Staatsanwaltschaft erhobenen Beschuldigungen zu entkräften. In diesem Falle wolle sich das Gericht, wie der Vorsitzende zur Antwort gab eine Entscheidung vorbehalten; allerdings sei es zweckmäßig, die Verhandlung vorläufig fortzusetzen.

Im Verlauf der Dienstagsitzung belegte der Anklagevertreter, daß schon im Oktober 1938 bei der Wirtschaftsgruppe Eisenindustrie eine Gruppe „Mobilmachung“ gegründet wurde. In der Mittwochnachmittagssitzung kam er auf die den Lesern der Firma Röchling selbst zur Last gelegten Verbrechen gegen den Frieden, Kriegs-

verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu sprechen.

Simpfendorfer „Minderbelasteter“?

STUTTGART. Im neuen Spruchkammerverfahren gegen den früheren Kultminister Wilhelm Simpfendorfer, das am Montag eröffnet wurde, beantragte der öffentliche Kläger Erwin Stumpf am Mittwoch den Betroffenen in die Gruppe der Minderbelasteten einzustufen. Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz könne Simpfendorfer zwar nicht als Belastung angerechnet werden, da sie nur mit stärkster Einschränkung gemacht worden sei, jedoch habe er in Briefen an Hitler seine Bereitschaft zur Unterstützung des Nationalsozialismus bekundet.

Simpfendorfer wies selbst noch einmal darauf hin, daß er den Kampf gegen den Nationalsozialismus im Christlichen Volkseinst mit allen erdenklichen Mitteln geführt habe. Er fühle sich als demokratischer Politiker und guter Schwabe; abschließend bat er die Kammer, ihn als „nichtbetroffen“ zu erklären.

Das Spruchkammerurteil soll am 27. Februar verkündet werden.

Nachrichten aus aller Welt

MÜNCHEN. Ein Antrag, den ehemaligen Direktor des Zweiten-Wirtschaftsrates in Frankfurt, Dr. Semler, als bayerischen Abgeordneten wieder in den Wirtschaftsrat zu wählen, wurde von General Clay abgelehnt. Im bayerischen Landtag war Dr. Josef Müller für die Wahl Semlers eingetreten.

ANSBACH. Das Mittlere Militärgericht verurteilte vier Angestellte der Nürnberger Chillingworth-Werke wegen Abtransportes von Maschinen im Werte von über 100.000 Dollar, die für die Demontage vorgesehen waren, zu Gefängnisstrafen von 8 Monaten bis zu 2½ Jahren.

FRANKFURT. Jeder in einer Exportfirma der Bizone tätige Arbeiter wird rückwirkend für die Zeit von 1. Juni 1947 bis 30. April 1948 sofort Importgüter im Werte bis zu 8 Dollar monatlich erhalten. Vorausgesetzt allerdings, daß seine Firma in der Lage ist, die entsprechenden Beträge auf Grund ihrer Lieferungen zur Verfügung zu stellen.

WIESBADEN. Die amerikanische Militärregierung hat Lohnoberbindungen von durchschnittlich 25 Prozent für das gesamte Baugewerbe in der US-Zone genehmigt. Abgesehen von den Sonderabschnitten für Bergarbeiter ist dies der erste durch die Militärregierung genehmigte neue Tarif.

FILDA. Der Ausschuß der staatlichen Betreuungsstelle in Biddings, dem Wohnsitz Dr. Niemölers, hat dessen Anerkennung als Verfolger des Naziregimes zu Grund seiner Kanzlerklärung zur Spruchkammerarbeit für ungültig erklärt.

MARIENBURG. Seitdem ein neues sowjetisches Kommando die Grenzschleuse übernommen hat, ist die Kontrolle der Inszenierung sehr viel strenger. Gewöhnlich dauert die Untersuchung des Gepäcks der deutschen Reisenden vier Stunden.

BERLIN. Die Kommission für öffentliche Gesundheit des Länderrats der US-Zone billigte einen Gesetzesentwurf über Sterilisierung von Erbkranken und Wiederfruchtbarmachung der während des NS-Regimes sterilisierten Personen.

BERLIN. Neue Beschlagnahmungen in erster Linie von Textilfabriken, die zu Sowjet-AGs umgewandelt werden sollen, werden aus der Ostzone gemeldet.

PARIS. Exkönig Michael von Rumänien habe das amerikanische Einreisevisum erhalten. Man nimmt an, daß er mit seiner Mutter und seiner Braut dauernden Aufenthalt in den USA nehmen will.

LONDON. Der Trade-Union-Kongress hat beschlossene, für den 8. März eine Konferenz der europäischen Gewerkschaften zum Studium des Marshall-Planes nach London einzuhalten. Einladung erging auch an die Gewerkschaftssekretariate der vier Besatzungszonen Deutschlands.

BUKAREST. Im Zuge der Demokratisierung Rumäniens soll der Boxsport als ein gefährliches Übel überlistet des Kapitalismus im ganzen Lande liquidiert werden.

MOSKAU. Ein 20 Jahre gültiger Pakt für freundschaftliche Zusammenarbeit und wechselseitigen Bestand zwischen Ungarn und der Sowjetunion wurde in Moskau am Mittwoch unterzeichnet. Die Sowjetunion besitzt nunmehr mit allen Stasien an ihrer Westgrenze Bündnisverträge.

WASHINGTON. Das amerikanische Finanzministerium gab bekannt, daß der Budgetüberschuß der USA bereits in den ersten 11 Monaten des laufenden Finanzjahres mit über 4 Milliarden Dollar einen neuen Rekord erreicht habe.

WASHINGTON. Das Warenzeichen „Made in Germany“ wird in Kürze wieder auf zahlreichen deutschen Ausfuhrartikeln in den USA erscheinen.

Gefährlicher als die Atombombe!

„Um fast 200 Millionen Menschen hat die Bevölkerung der Erde trotz der enormen Menschenvorkäufe im zweiten Weltkrieg seit 1939 zugenommen. Daraus diese Entwicklung an — dem scheint ja nichts entgegenzusetzen, wenn selbst Weltkrieg hier „versagen“ — wird in 25 Jahren eine Milliarde Menschen mehr die irdische Welt bevölkern. Diese behauptet der Präsident der Welternährungsorganisation, der englische Biologe Boyd Orr und ist dabei der Meinung, daß der 200-Millionenzuwachs eine größere Katastrophe sei als die ganze Atombombe. Er behauptet noch mehr, u. a., daß die landwirtschaftlichen Anbauflächen von Jahr zu Jahr sich verringern und das angesichts der kaum des Nachweises bedürftigen Tatsache, daß Millionen Menschen permanent hungern.“

Boyd Orr will größere Klend dadurch verhindern, daß er fordert, es müßen Wissenschaft und Technik jene Mittel, die für Versollkommnung der Kriegswaffen ausgegeben wurden und jetzt noch dauernd zufließen, zur Verfügung gestellt werden. Dann ließe sich in der Landwirtschaft manches verbessern, sozusagen könnten Vorkerkungen für den zu erwartenden Milliarden-Menschenzug getroffen werden und die jetzt Hungernden hätten vielleicht auch ihren Nagen davon.

Fromme Wünsche, die mit Engeln, aber nicht mit nachkriegsreifen Politikern rechnen. Deren „Hunger“ wird aber auch in 25 Jahren noch dafür sorgen, daß Millionen — vielleicht sind es bis dahin noch mehr — nur einen Wunsch kennen: Nicht mehr um das „tägliche Brot“ betteln zu müssen — und trotzdem zu hungern.

Jeder versucht sich zu helfen, der eine kompensiert, der andere stiehlt. Gestohlen wird, um etwas zu haben. Da hat sich z. B. ein Angestellter bei der US-Militärregierung 2 Pfund Ami-Fett auf den Bauch gestrichen — Nugge nichts, da der stielende Posten die weiche Masse größerer aufspürte. Ein anderer band sich 6 Pfund Speck um Arme und Beine — auch er fiel herein. Ein dritter schließlich hüllte Holzklöße um — es war ihm großmütig erlaubt, Anfeuchholz mitzunehmen — und füllte den Holzkamm mit Elbbarom neben Bönbon, Seife, Sochen usw. Was nun auch Holz ohne etwas drüber zu kochen. Von denen, die bisher noch nicht erwischt wurden, ist dann die Rede, wenn es soweit ist.

Das Schreiben der schwedischen Export-Firma „Gama“ über abgeleiteten Lebensmitteltransport nach der Bizone hat von zuständiger Stelle eine Erwiderung erfahren. Die für Deutschland festgesetzte Festquote könne nicht so ohne weiteres erhöht werden angesichts der allgemeinen Not. Klimat durchaus plausibel, erklärt aber in keiner Weise, warum die Einfuhr von Fischen — wie angeboten — nicht erfolgen kann, zumal doch die Schweden ihre Fänge einfach nicht los werden, schon öfters die Fische wieder ins Meer werfen mußten und die Fischerei aus Abgesamkeitigkeiten beträchtlich eingeschränkt mußten.

„Erkläre mir Graf Oerindour diesen Zwiespalt der Natur“ ...

Bayrische „Martyrer“

BAMBERG. „Wir Bayern wollen uns, soweit wir Nazis waren, nur von bayerischen Richtern verurteilt lassen“, erklärte Dr. Jakob Fischbacher bei der ersten Versammlung der Bayernpartei in Bamberg. Die Erklärung, Preußen allein sei das Verhängnis Deutschlands, wurde „mit ungeheurem Jubel“ aufgenommen.

Fischbacher behauptete außerdem u. a., im bayerischen Landwirtschaftsministerium ständen 1100 Nichtbayern. Aehnlich sei das Verhältnis bei den Landratsämtern, Spruchkammern und in den Redaktionen der bayerischen Presse.

Die Bayernpartei rechne bei dem bevorstehenden Kampf, der auf „Leben und Tod“ gehe, mit „Martyrern“. Der „Einsieg“ sei der bayerischen Sache jedoch gewiß.

Herausgeber und Schriftleiter: Will Hantz-Helberich; Dr. Ernst Müller und Alfred Schwagerl; Weiterer Mitarbeiter der Redaktion: Dr. Helmut Kreyer und Joseph Kleinshöhler; Monatlicher Bezugspreis einschließlich Frachtposten 1,50 RM; die Post 1,75 RM; Einzelverkaufspreis 20 Pf; Erbschaftsteuerfrei; Druck und Verlag

stuzum, zusammengelockert wie Tiere in einem Graben während eines Orkans. Und dennoch, trotz allem, trotz der Nacht, trotz der fürchterlichen und wachsenden Gefahr fing ich an, mich darüber glücklich zu fühlen, daß ich hier war, glücklich über die Kälte und die Gefahr, glücklich über diese langen Stunden des Dunkels und der Angst, die ich auf dieser Planke verbringen mußte, so nahe bei diesem hübschen und allerliebsten Mädchen.

Ich fragte mich, warum mich diese seltsame Empfindung von Glück und Freude durchdränge.

Warum? Weiß man das? Weil sie da war? Wer stief eine kleine unbekannte Engländerin? Ich liebte sie nicht, ich kannte sie nicht einmal, und doch fühlte ich mich angezogen, ergriffen! Ich hätte sie retten, mich für sie opfern, tausend Torheiten begehen mögen. Seltsam! Wie kommt es, daß die Gegenwart einer Frau uns so durcheinander bringt? Ist es die Macht ihrer Anmut, die auf uns wirkt? Der Reiz der Schönheit und der Jugend, der uns trunken macht wie Wein?

Ist es nicht vielmehr, als rühre uns die Liebe an, die geheimnisvolle Liebe, die ohne Unterlaß die Wesen zu vereinen sucht, die ihre Macht erobert, sobald sie Mann und Frau von Angesicht zu Angesicht gegenübergestellt hat und die sie mit Gefühl, einem dunklen, geheimen, tiefen Gefühl durchdringt, wie man die Erde durchdringt, um Blumen darauf wachsen zu lassen?

Aber das Schweigen der Finsternis wurde fürchterlich, das Schweigen des Himmels, denn um uns vernahmen wir undeutlich ein leiches, endloses Rauschen, das dumpfe Rauschen des anschwellenden Meeres und das gleichförmige Plätschern der Strömung gegen das Schiff.

Plötzlich hörte ich Schreien. Die kleinste der Engländerinnen weinte. Da wollte ihr Vater sie trösten, und sie begann, in ihrer Sprache zu sprechen, die ich nicht verstand. Ich erriet, daß er sie beruhigte und daß sie immer noch Angst hatte. (4-fuß folgt)



# AUS DEM WIRTSCHAFTSLEBEN

## Eine erste umfassende Wirtschafts Bilanz

Zur Denkschrift des Bremer Senators G. W. Harmsen

Der Bremer Senator G. W. Harmsen hat in monatelanger Zusammenarbeit mit einem großen Stabe hervorragender Volkswirtschaftler eine Denkschrift zusammengestellt, die nicht weniger als den Versuch unternimmt, die gesamtwirtschaftliche, finanz-, sozialpolitische und rechtliche Situation aufzuregen und mit möglichst verlässlichem Zahlenmaterial zu belegen, wie sie sich für Deutschland im Lichte der Reparationen darstellt, und wie sie die Rückwirkung der Reparationen auf die wirtschaftliche Leistungskraft veranschaulicht. Diese Denkschrift ist von fundamentaler Bedeutung, daß kein Politiker und Volkswirtschaftler sie unbeachtet lassen darf. Im großen Pragenkomplex Krieg — Kriegsschuld — Kriegspflichten und weist sie Zusammenhänge nach, die uns für alle Beteiligten — für Gläubiger und Schuldner — von hervorragender Bedeutung zu sein scheinen. Im Rahmen einer Tagessitzung kann das umfangreiche Material — die Denkschrift ist als Manuskript im Friedrich-Trüben-Verlag in Bremen erschienen und umfaßt im Hauptband, dem aber außerdem noch 12 ergänzende Anlagen beigelegt sind, nicht weniger als 125 Seiten — natürlich nur in ganz großen Zügen erörtert werden.

aus der Erkenntnis, daß Deutschland eine Werkstatt Europas ist, die Folgerungen zieht.

### Der mittlere europäische Lebensstandard als Norm

In den Verlautbarungen der Besatzungsmächte mit dem mittleren europäischen Lebensstandard als Norm ist eine Erörterung der Lebensverhältnisse in Deutschland außer Betracht geblieben. Dagegen ist nicht gesagt, wie er ermittelt werden soll und wie seine Anwendung als Norm für die künftigen Lebensbedingungen Deutschlands gedacht ist. Aber diese Bestimmung bedeutet andererseits einen äußerst wichtigen Anhalt für die wirtschaftliche und soziale Statistik, die Deutschland im Rahmen des Wiederaufbaus einer friedlichen Welt mindestens beizubringen werden soll. Von besonderer Bedeutung ist, daß das deutsche Volk zu den übrigen Völkern des europäischen Kontinents sozialistisch in eine Beziehung gebracht wird, die die historische Stellung Deutschlands als Brücke zwischen West- und Ost Europa zwischen Nord- und Süd Europa in einem gewissen Sinne entspricht. Voraussetzung für den Vergleich mit Deutschland ist freilich, daß dieses selbst eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Einheit bildet, wie sie in der Erklärung der Alliierten auch vorgesehen ist.

Die Denkschrift untersucht in einer sorgfältigen Zusammenstellung von zwanzig anderen europäischen Ländern den Nahrungsmitteleinkauf in Kalorien pro Kopf der Gesamtbevölkerung und kommt zu folgenden Resultaten:

Nahrungsmittelverbrauch vor dem	Mitte des Jahres
Krieg	1946 1947
20 europäische Länder	2 750 2 300 2 400
Deutschland	2 000 1 700 1 700

(wobei die Kalorienangaben von 1900 bzw. 1930 Mitte 1946 und 1947 für Deutschland wohl mehr als großzügig angesetzt sind). Nimmt man einen mittleren europäischen Verbrauch von 2300 Kalorien je Tag an, so ergibt sich ein Jahresverbrauch je Kopf von rund 11 Millionen Kalorien. Der Vorkriegspreis für 100 Kalorien betrug 2 Pfennige, der Jahresnahrungsbedarf würde sich danach auf 300 Mark je Kopf stellen. Bei einer Bevölkerung von 70 Millionen ergibt das einen Aufwand von 21 Mrd. für Nahrungsmittel. Hierzu kommt noch ein Betrag für Genussmittel. Man wird bei vorsichtiger Rechnung den deutschen Verbrauch von Arbeiterfamilien als Mindestaufwand einzeichnen dürfen, der nach 1937 durchgeführten Erhebungen mit rund 5 Prozent des Einkommens für alkoholfreie Getränke, Tabakwaren, Kaffee, Tee usw. beziffert wurde. Bei einem Volkseinkommen von rund 1000 Mark je Kopf im Jahre 1936 ergeben sich 80 Mark im Jahr, bei 70 Mill. Menschen also 5,6 Mrd. Mark. Wenn man berücksichtigt, daß in Deutschland der Anteil der Erwachsenen an der Gesamtbevölkerung gegenüber dem mittleren europäischen Standards anliegt, ein Aufwand von 25 Mrd. Mark allein für Nahrungs- und Genussmittel.

### Verbrauch und Investitionen

Ein Volkseinkommen von 55 Mrd. Mark erfordert die Wiederherstellung der technischen Produktionsfähigkeit und der Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung. Das bedeutet: Wiederaufbau der Produktionsstätten, Sicherung ausreichender Ernährung, Schaffung menschenwürdiger Wohnverhältnisse und Beseitigung der allgemeinen Desorganisation. Der Aufgabenkreis erfordert Investitionen, die weit über das normale Vorkriegsmaß hinausgehen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die deutsche Bevölkerung den mittleren europäischen Lebensstandard erreicht, und daß sie sich wirtschaftlich selbst erhalten kann, wenn nicht der dringende Teil des zwingenden Nachholbedarfs befriedigt wird, der sowohl an Konsumgütern wie an Kapitalgütern entstanden ist. Um vorzüglich zu rechnen und die Anforderungen an die Leistungskraft der Wirtschaft im Rahmen des Möglichen zu halten, wird man die in der Pachteratur wiederholt angegebene Quote für langfristige Investitionen von 3 Prozent zugrunde legen, das heißt einen Betrag von 1,7 Mrd. Mark pro Jahr einsetzen. Diese Quote ist unbedingt erforderlich, damit Deutschland hinter dem technischen Fortschritt der übrigen Länder nicht hoffnungslos zurückbleibt und damit zum Ballast der Weltwirtschaft wird. Das um diesen Betrag gekürzte Volkseinkommen, das unter den Deutschland zugebilligten Lebensbedingungen notwendig wäre, würde sich demnach auf 33 Mrd. Mark belaufen und um rund 20 Prozent unter dem von 1936 liegen.

### Der aufgestaute Bedarf

Bedarf, entsprechend seiner Bedeutung, in der Denkschrift besonders eingehende Würdigung. An erster Stelle reagieren die unterlassenen Ersatzinvestitionen, die nach der Zahl der ausgefallenen Investitionsjahre und den mittleren Jahresraten auf 45 Mrd. Mark beziffert werden. Der zweite große Posten des Nachholbedarfs ist die Beseitigung der

Ergänzung, deren Gesamtsumme sich auf 70 Mrd. Mark stellt. In dieser Rechnung fehlen aber noch fünf wichtige Posten:

1. die Erfordernisse zur einmaligen vollen Wiederausrüstung der aus dem Ausland Vertriebenen;
2. die notwendige stärkere Mechanisierung zum Ausgleich der Verluste an menschlicher Arbeitskraft;
3. die Beschaffung industrieller Betriebsanlagen für die Bedürfnisse des Exports;
4. die Beseitigung der Trümmer;
5. der Investitionsnachbedarf infolge der Aufteilung Deutschlands in Wirtschaftszonen.

Der dringendste persönliche Vorbedarf der Ausgewiesenen wird für die nächsten fünf Jahre auf jährlich 2 Mrd. Mark — zusammen also 10 Mrd. Mark — veranschlagt, insgesamt beträgt der dringende Nachholbedarf danach 12 Mrd. Mark. Er wäre im Laufe der nächsten 15 Jahre zu decken. Für die weiteren 15 Jahre läßt vor allem die Beseitigung des dann immer noch in großem Maße vorhandenen Wohnraums anhängen.

### Veranschlagung des Volkseinkommens

Vorschlag in Preisen von 1936 (Mrd. RM.)	Normal- Nachholbedarf
Laufender Verbrauch:	
Nahrungsmittel	21,3
Genussmittel	3,3
Bekleidung	3,9
Wohnungszuweisung	3,9
Heizung und Beleuchtung	3,9
Möbel und anderer Hausrat	3,9
Persönlicher Bedarf, Kulturbedarf (Nachbedarf)	1,5
Verkehr	1,5
Heilwesen (ärztlich, Versicherung)	1,5
Reinigung (Nachbedarf)	1,5
Persönliche Dienste (ärztlich, Reinigung u. s.)	3,0
Zusammen	51,3
Neuinvestitionen:	
Landwirtschaft	0,7
Gewerbliche Wirtschaft	0,7
Verkehr	0,7
Wohnungen	0,7
Öffentliche Verwaltung	0,7
Lagerbildung	1,0
Zusammen	5,8
Insgesamt	57,1

Die Überlegungen der Denkschrift gehen davon aus, daß die deutsche Wirtschaft nach ihrer Rekonstruktion sich selbst erhaltend und ihren Friedensbedürfnissen dienend, in den Wirtschaftskreis der Welt wieder eingefügt werde. Dieses Ziel dürfte aber in absehbarer Zeit nicht erreicht werden können, weil wichtige Faktoren — u. a. die Minderung des physischen Arbeitspotentials der Bevölkerung durch ungünstige Altersnachrichtung — daran hindern. Damit kann ein Volkseinkommen in Höhe dessen von 1936 nicht erreicht werden. Man wird bei voller Wiederherstellung der technischen Leistungsfähigkeit mit höchstens 60 Prozent der Produktivität von 1936 rechnen können. Rechnet man ansatz 1000 Mark Vorkriegsvolkseinkommen je Kopf mit 90, so ergeben sich 63 Mrd. Mark, die nach der vorhergehenden Aufteilung wohl absorbiert werden.

Zudem wird aber die deutsche Wirtschaft für lange Zeit zusätzlich mit Besatzungskosten belastet sein, die mittelbar oder unmittelbar durch Ausfuhr aufgebracht werden müssen. Man schätzt diese Kosten für 1947 auf rund 2 Mrd. Mark. Zu Lasten des Volkseinkommens aufgebracht, würde der deutsche Lebensstandard durch die Besatzungskosten erheblich beeinträchtigt werden, jedenfalls unter dem sonstigen mittleren europäischen Standard liegen. Was für die Besatzungskosten gilt, trifft in noch stärkerem Maße für die Entnahmen aus laufender Produktion zu, wie sie vornehmlich in der Ostzone an der Tagesordnung sind. Sie werden ohne Gegenwert aus dem deutschen Sozialprodukt abgezweigt.

So befindet sich also die deutsche Wirtschaft, wenn man Aufgabe und Leistungsvermögen einander gegenüberstellt, in einem hoffnungslosen Dilemma. Soll sie den gestellten Anforderungen auch nur einigermaßen gerecht werden und sich als nützlich Glied in die Arbeitsteilung Europas und der Welt wieder einordnen, so ist dies nur mit Hilfe eines Produktiverechts aus dem Ausland möglich. Der Bedarf an Auslandskredit muß für die nächsten fünf Jahre auf mindestens 2 Mrd. Mark jährlich — zu Preisen von 1936 — veranschlagt werden. Ohne einen solchen Kredit ist, wie die Denkschrift hiermit erwiesen hat, weder die Erreichung eines mittleren europäischen Lebensstandards noch die Aufbringung von Besatzungskosten aus dem Sozialprodukt unter dessen gleichzeitiger Erhaltung möglich.

Zum Problem Reparationen und ihre Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Leistungskraft werden wir in einer unserer nächsten Nummern Stellung nehmen.

### Die Schwierigkeiten für die Abfassung einer solchen die gesamten Verhältnisse umfassenden Denkschrift sind angesichts des Mangels einer zentralen Statistik von ganz außerordentlichen Ausmaßen.

In allen Einzelheiten lückenhaftes Tatsachenmaterial konnte nicht erbracht werden, doch stellt sie unter den gegebenen Verhältnissen das Optimum dessen dar, das zurzeit erreicht werden kann. In großen Zügen beantwortet die Schrift die folgenden Lebensfragen für vierzehn Deutschland:

Wo hat der Rechtsgrund der Wiedergutmachung seine Grenzen? — Wie war der Stand der deutschen Wirtschaft vor dem Kriege? — Was hat Deutschland eingebüßt? — Was ist ihm an Leistungsvermögen verblieben? — Wie groß hat das künftige Sozialprodukt zu sein?

### Lebensstandard und künftiges Sozialprodukt

Zu diesen Problemen stellt der Verfasser grundsätzlich fest, daß durch die Feststellungen über das Verhältnis zwischen deutschem und europäischem Lebensstandard die deutsche Lebenshaltung nicht nur ober, sondern nach unten begrenzt wird, wobei er sich auf Ausführungen des früheren amerikanischen Außenministers Byrnes (S. 3. 1946 in Stuttgart) und auf die Richtlinien der amerikanischen Regierung an General Clay vom Juli 1947 bezieht. In den letzteren heißt es: „Dem deutschen Volk soll nicht das Recht abgesprochen werden, nach der Periode der Reparationen seine Lebensqualität zu entwickeln, um einen höheren Lebensstandard zu erreichen, vorausgesetzt, daß dadurch nicht die Gefahr einer Wiederaufrüstung entsteht.“ Nach Meinung Harmsens bietet aber der neue Industrieplan diese Möglichkeit nicht.

In der sehr auf Einzelheiten eingehenden Kritik am neuen Industrieplan heißt es abschließend: „Wichtige Produktionsmittelindustrien, wie die Stahlherstellung, der Bau von schweren Maschinen und Werkzeugmaschinen, sind weit unter dem Stand von 1936 geblieben. Der durch Erhöhung der Kapazitäten der Leichtindustrie gesuchte Ausgleich kann nicht gelingen, weil für deren Produktion eine ausreichende Versorgung mit Produktionsmitteln unerschaffbar ist. Der technische Fortschritt wird gehemmt, indem junge Industrien auf dem Ausgangsniveau ihrer Entwicklung festgehalten, ja sogar noch tiefer gedrückt werden.“

### Der Nachholbedarf

Der Lebensstandard des deutschen Volkes wird unter anderem durch einen auf 125 Milliarden Mark geschätzten Nachholbedarf empfindlich gedrückt. Hiervon entfallen 30 Milliarden auf die im Krieg und nach dem Krieg ausgefallenen Ersatzinvestitionen, 70 Milliarden auf die Kriegsschäden, die dringend behoben werden müssen, und 16 Milliarden Mark auf den dringenden Bedarf der aus ihrer Heimat Ausgewiesenen. Dieser Nachholbedarf von 125 Milliarden Mark kann nach Harmsen bestenfalls im Laufe eines Menschenalters gedeckt werden. Für die ersten 5 Jahre schätzt die Denkschrift den wöchentlichen Nachholbedarf auf 10 Milliarden Mark, wovon zwei Drittel auf Neuinvestitionen und ein Drittel auf Verbrauchsgüter entfallen. In den nächsten 15 Jahren stärke zwar der Nachholbedarf allmählich bis auf 1 Milliarde jährlich, aber andererseits trete gleichzeitig der normale Investitionsbedarf von 3 bis 4 Milliarden jährlich auf. Wenn können die Besatzungskosten. Alles dies geht über die Kraft der deutschen Wirtschaft. Sie bedürfte schon im Rahmen eines Volkseinkommens von jährlich 63 Milliarden Mark erheblicher Auslandskredite, die für das nächste Jahr fünf auf jährlich 3 Milliarden geschätzt werden; zusammen mit den eigenen Ersparnissen von schätzungsweise 5 Milliarden Mark könnte dann ein Investitionsbedarf von 8 Milliarden Mark annähernd gedeckt werden.

### Das künftige Sozialprodukt

Allein ein Sozialprodukt von 63 Milliarden Mark hat zunächst noch völlig aktiven Charakter, denn vom Sozialprodukt des Jahres 1936 in Höhe von 63,3 Milliarden Mark sind wir heute noch weit entfernt. Der Ertrag unserer Wirtschaft ist, nach den Berechnungen von Harmsen, auf 40 Prozent, die Lebenshaltung auf 35 Prozent des Vorkriegsstandes abgesunken. Deutschland hat 48 Prozent seines Volkseinkommens eingebüßt, Vermögenswerte und Leistungen in Höhe von 170 Milliarden Mark sind, zum Teil nach Berechnungen, zum Teil nach Schätzungen, den Alliierten seit 1945 zugeflossen. Dies entspricht der Sparleistung von zwei Generationen. Wenn aber ein Volkseinkommen von 63 Milliarden wirklich erreicht werden sollte, dann verblieben nach Harmsen für den Verbrauch 51,5 Milliarden — gegen 32,2 Milliarden im Jahre 1946. In Vorkriegspreisen ausgedrückt, je Kopf der Bevölkerung bedeutet das einen Rückgang von 28 auf 75 Mark oder um 15 Prozent. Im einzelnen müssen dann die Ausgaben für Nahrungsmittel um 10, für Genussmittel um 26, für Bekleidung und Wohnung um je 20, für Hausrat um 10, für Hygiene um 15 und für „persönliche Dienste“ (Kino, Theater, Reisen und sonstige Dienste) um 20 Prozent eingeschränkt werden. In den Vereinigten Staaten von Amerika wird der Verbrauch für 1936 um 34 Prozent höher veranschlagt als 1946. Hinsichtlich der Entwicklung des Volkseinkommens, der Sparkapitalbildung und der Neuinvestitionen gibt Harmsen folgendes Bild:

Volkseinkommen	Spargleichleistung	Erwartetes Sparvermögen	Erwarteter Teil des Volkseinkommens
1946	3,8	8,0	2,2
1947	4,3	8,5	2,0
1948	4,8	9,0	1,8
1949	5,3	9,5	1,6
1950	5,8	10,0	1,4
1952	6,6	11,0	1,2

Der Verfasser bemerkt zu dieser Konzeption: „Die Annahme, daß schon in 5 Jahren ein Volkseinkommen von 63 Milliarden Mark erreicht werden könnte, ist äußerst optimistisch und nur vertretbar, wenn Deutschlands wirtschaftliche Einheit wiederhergestellt und Auslandskredite nur in Gestalt von Rohstoffkrediten gewährt wird. Die Überroheit will nicht besagen, daß für die nächsten 5 Jahre ein Auslandskredit von 15 Milliarden Mark nötig wäre, sondern daß ein solcher Kredit erst ein Volkseinkommen ermöglichen würde, das die erforderlichen Mindestinvestitionen gestattet. Harmsen faßt wie folgt zusammen:

„Die Aufgabe, die damit Volk und Wirtschaft gestellt wird, ist ungeheuer und nur lösbar, wenn rationelle Produktionsmethoden zur Anwendung gelangen. Das bedeutet radikale Abkehr von der Stück- oder Serienfertigung der Vorkriegszeit und erst recht eine Umkehrung der durch die tiefstehenden Stützungen im arbeitsteiligen Produktionsprozeß in der Nachkriegszeit eingetragenen Erzeugungsweg, die weder Qualitätsleistung, noch Norm oder Typen kennt, sondern nur Fragen der Einzelzeitigkeit. Notwendig werden: Massenfertigung für den Inlandsverbrauch, differenzierte Anfertigung für die Ausfuhr!“

Diese Forderungen bedingen Umbau der Industrie, weitgehende Umwälzung in der Mentalität der Persönlichkeit, die für die industrielle Erzeugung verantwortlich sind. Unter den gegebenen Verhältnissen ein Sozialprodukt zu realisieren, das nur um 18 Prozent hinter dem der Vorkriegszeit zurückbleibt, ist eine Aufgabe, „die noch keinem Volk gestellt worden ist“. Darf in die Kraft des deutschen Volkes ein solches Vertrauen gesetzt werden? Nur dann, wenn es Staatsmänner gibt, die

den Jüngeren ein stärkerer Trust in den Dunkelheiten des Leidensweges.

Nach solcher Verklärung hungert der Mensch jetzt und hier, damit in all den Sinnlosigkeiten dieses Lebens die ewige Klarheit Gasthaft werde. Ich bitte dich und wann, daß sichtbar Deine Hände werden, ich Deine Liebe ahnen kann...“ (Doppel-Hilfsheft). Solch verkürztes Leuchten kommt nicht allein schon aus erdwardigen Traditionen und niedrigen Instanzen, nicht von der Geschlossenheit der Lehrgemeinschaft und nicht von der blühenden Schärfe der Gebete und Gesetze. Verklärung der Welt beginnt dort, wo der Einzelne erkennbar Liebe aus dem Augen erblickt. Menschen leuchtet und ihre segnenden helfenden Hände spürbar werden.

Repräsent Dr. Arnold

Zum Tode des Freiburger Erzbischofs

Am heutigen Tage wird im Münster zu Freiburg Erzbischof Dr. Konrad Gröber bestattet, der 56 Jahre als Priester, Bischof und 15 Jahre als Bischof im Weinberg des Herrn mit Liebe und Hingabe erfolgreich für Volk und Kirche gearbeitet hatte.

Ausgestattet mit ungewöhnlichen Geistesgaben und einem klaren, berechnenden Blick war Dr. Gröber einer der bedeutendsten Männer im deutschen Episkopat; seine Güte und Milde, vor allem seine immer helfende offene Hand, machten ihn zum populärsten „Volksherrn“. Seine Regierungszeit ist charakterisiert durch eine selbstbewusstes, vollkommene Seelsorge, die mit offenem Blick die hervortretenden Bedürfnisse wahrnahm und befriedigte. Sie ist ferner gekennzeichnet durch den mit Mut geführten Kampf gegen das nationalsozialistische Regime, als dessen Christentums- und Kirchenfeindlichkeit eindeutig in Erscheinung trat. Erzbischof Dr. Gröber war in diesem ungleichen Kampf der Rufer im Sturm, Wegweiser des christlichen Volkes seiner Diözese und darüber hinaus auch in den deutschen Gauen. Sein schmerzhaftes, überaus großes Bistumsamt hat sowohl in Deutschland als auch im Ausland ein lebhaftes Echo.

Die heimatische Literatur erfuhr durch seine wissenschaftlichen, historischen und künstlerischen Arbeiten, denen man größte Beachtung schenkte, eine wesentliche Bereicherung.

Aus der evangelischen Schwesternarbeit

Das Diakonissen-Mutterhaus der Oligaschwester in Stuttgart hat im Krieg sechs Häuser verloren. Da für blieben aber beide Krankenhäuser, wenn auch schwer beschädigt, erhalten. Das Karl-Olga-Krankenhaus beherbergt wieder über 200 Kranke, 60 Diakonistinnen und 30 Krankengeschwisterinnen. Während 1943 10 junge Schwestern eintraten, kamen im Jahre darauf 22, die Schwesternschaft wuchs auf 29 an. Verbandschwester hat das Mutterhaus H. Schillerinnen 14, so daß insgesamt 48 Schwestern im Dienst stehen.

Die fünf Glocken des berühmten Beuronener Klosters, die schon 1891 abgegeben wurden, sind kürzlich wieder in Beuron eingetroffen und wurden dort vor der Klosterpforte freudig begrüßt. Erzbischof Dr. Baur segnete die Glocken und hielt eine kurze Ansprache.

Kardinal Belmonte, Doyen des Heiligen Collegiums, ist im 71. Lebensjahr gestorben. Er war eine der bemerkenswertesten Persönlichkeiten der römischen Kurie und wurde schon 1879 Geistlicher, 1911 empfing er vom Pius X. den Kardinalpurpur. Zu seinem Nachfolger ist Kardinal Sevvaggi ernannt worden.

Der Heilige Vater hat eine größere Menge Inseln für das Land Indien gespendet. Diese Menge wird allen Zuckerkranken ohne Unterschied der Konfession zugute kommen. Für März ist vom Vatikan eine Lebensmittelpende für die Bronx geplant, die aus etwa 80 Waggons Obst und Gemüse im Werte von fast 1 Million Dollar bestehen wird.

30 000 Pakete hat das Lebensmittelamt der Vatikanstadt nach Deutschland, Österreich, Frankreich und Rumänien geschickt. Allein Deutschland erhielt 200 Waggons Lebensmittel, Kleidung, Hausrat und Arzneien.

80 000 junge Katholiken sind im Bund der deutschen katholischen Jugend zusammengeschlossen.

Von den 6 733 000 Einwohnern New Yorks gehören mindestens 2 500 000 keiner Religionsgemeinschaft an.

Vor zwei Jahren ist die aus 14 amerikanischen Wohlfahrtsverbänden bestehende Cradol-Gesellschaft gegründet worden. Allein im Jahre 1947 wurden von Cradol nach Deutschland 11 323 Tonnen Spenden im Werte von 7 1/2 Millionen Dollar geschickt.

Eine Umfrage unter Tübinger und Freiburger Studenten hat ergeben, daß 11 Prozent der Studenten die Kirche monatlich wöchentlich, 28 Prozent regelmäßig sonntags und 33 Prozent gelegentlich besuchen. 30 Prozent haben erklärt, die Kirche nie zu besuchen.

Offizielle polnische Kreise erörtern sich über Presseerwähnungen und Angaben des Pontifikatjahrbuches 1948, demzufolge Breslau immer noch als deutsche Diözese bezeichnet wird. Außerdem wird der wegen antipolnische Tätigkeit zu acht Jahren Gefängnis verurteilte Karl Maria Splitt immer noch als Bischof von Danzig geführt. Ein Sprecher der polnischen Regierung erklärte hierzu, daß „derartige Behauptungen nicht zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Warschauer Regierung beitragen können“.

Die Evangelisch-Lutherische Kirche Japans beschloß sich von der „Kyodan“, der Vereinigten Kirche Christi in Japan, weicher sie zugesprochen war, unabhängig zu machen. In der Resolution der Lutherischen Kirche wird darauf hingewiesen, daß ihr Beitritt zur Kyodan 1941 mit dem Verständnis erfolgt sei, daß die Mitgliedskirchen in ihrer inneren Geschlossenheit aufrechterhalten werden, ein Prinzip, das in den nachfolgenden Kriegsjahren Wandlungen unterworfen wurde.

In Stuttgart wird seit Februar 1947 in den Häusern der evangelischen Gemeindeglieder der sogenannte „Kirchenzähler“ gesammelt, der bisher über 118 000 Mark erbracht hat. Diese Summe kommt dem Wiederaufbau der zerstörten kirchlichen Gebäude in Stuttgart zugute. In sieben Stuttgarter Gemeinden konnten kirchliche Gebäude wieder in Benutzung genommen werden oder steht diese unmittelbar bevor. 13 Kirchenruinen müssen vorläufig liegen bleiben.

Aus einer tschechoslowakischen Statistik geht hervor, daß dort die Zahl der konfessionellen Bekenner zurückgeht. Der Rückgang beträgt in Böhmen 6,5 Prozent, in Mähren-Schlesien 4,3 Prozent.

Die schon lange erwartete große christliche Wochenschrift „Sonntagzeitung“ erscheint seit 1. Februar im Umfang von 16 Seiten in Hamburg unter der Leitung von Bischof D. Hans Lille und unter der Mitarbeit der evangelischen Akademien Bad Boll und Hammburg. Die „Sonntagzeitung“ wird sich nicht allein auf kirchliche und theologische Fragen beschränken, sondern auch das Gedächtnis in der Welt vom kirchlich in Standpunkt aus beleuchten. Das Blatt ist durch den Vertrieb Hamburg 1. Sperrort 1. zu beziehen. Abonnementspreis 2,50 RM. monatlich durch die Post zuzüglich Zustelgebühren.

Von den 60 000 Berliner Schülern belaufen 11,7 Prozent am evangelisch und 8,1 Prozent am katholischen Unterricht teil.

## Aus der christlichen Welt

### Drakheit und Verklärung

Ne wird wohl selbstens so lieblich, daß wir nie ganz ein Ziel sind. Wir sind immer erst unterwegs dazu, und wandern, die nie ganz zu Hause sind. Das dauernde Fragenbleibt ist unser Teil und unser Wissen bleibt Stückwerk. Im Kreis offenbart sich darum unser eigentliches Wesen, in diesem nimmermüden Drang vom Nichterfüllten nach Erfüllung. Er ist nach Platos personifizierenden Mythos das Kind eines ungleichen Elternpaares, einer sterblichen Mutter und eines von den Göttern stammenden Vaters. Penia, die Armut empfängt von Pocos, dem Reichtum, und gebiert den Eras, dieses Reichtumsüberfließende Zwischenwesen. Weil die Armut seine Mutter ist, ist er selber arm und obdachlos, aber reich zugleich ist er als Kind seines Vaters in seinem Drang nach Erfüllung. So muß der Mensch immer neu sich aufmachen und fragen nach seinem ewigen Daseinziel und wird doch immer wieder zurückgeführt in die Armut und Ohnmacht des Nichtwissens. Unter Leben ist ein dauerndes Unterwegssein „ex umbris et imaginibus ad claritatem“ (Hewman), ein immerwährendes Verlangen heraus aus den Dunkelheiten und gleichsamhaften Bildern nach der eigentlichen Klarheit.

So hordern wir auf, wenn in unserm Sonntagsevangelium (Matth. 17, 1-9) von Verklärung die Rede ist. Wir können gar nicht mehr glauben, daß es in unserer Welt chaotischer Verworrenheit eine Klarheit geben soll. Wir sind in Gefahr, dem Millenium zu verfallen, der uns sagt, daß nicht Klarheit und Verklärung auf uns warten, sondern das Nichts, das Nichts, eine schwarze, undurchdringliche Schwärze. Aber unser ganzes Wissen schreit nach Einberufung nach Licht und Klarheit, nach Verklärung alles Dunklen, Verworrenen, Unsinnigen.

Die christliche Botschaft verkündet uns, daß die Welt nicht unser Leben ist, sondern daß Gott selber aus der Welt der ewigen Klarheit sich zugewandt hat und zu uns gekommen ist in die Welt unserer Dunkelheiten und Bilder. Er hat sich als Herrlichkeit entblößt und ist einer von uns geworden. Doch einmal ist in diesem Leben das — die göttliche Wirklichkeit einbildend und verblühend — erprobenhaft zwischen Krippe und Kreuz, die Klarheit des ewigen Lichtes auf dem Berge Tabor wie eine Stillehimmels durchgebrochen, wie ein Sternlicht seiner und unserer Osterherrlichkeit.

in einem dennoch, der fürcht ich an, ich hier Gefahr, des Dunkel Planke dem hdb-  
schwarze  
bedränge.  
da war?  
nglode-  
sich nicht  
gerührt,  
für sie  
mögen.  
gegenwart  
ist es  
wichtig  
and, der  
die Liebe  
Unter-  
die ihre  
Frau von  
stellt hat  
gehilmen  
die auf wach-  
s wurde  
als, denn  
leschen,  
nenen des  
hormige  
Schiff.  
kleinste  
hr Va-  
in ihrer  
verständnis,  
daß sie  
fuß folgt











